

Inserate: Die Zeitspalt 1/2 Sgr.
Anzeige: Kirchplatz 3 und Schulzenstraße 17
bei D. G. E. Poppe.

Nr. 46.

Sonnabend, 24. Februar

1872.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 22. Februar.

Am Ministertisch: Finanzminister Camphausen, mehrere Kommissarien.

Die 36. Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses wurde um 11 1/2 Uhr vom Präsidenten v. Forderbeck mit geschäftlichen Mittheilungen eröffnet, worauf das Haus sofort in die Tagesordnung tritt und die Debatte über das Mahl- und Schlachtsteuer-Gesetz fortsetzt.

Abg. Reichenperger (Koblenz) erklärt sich gegen die Kommissionsvorlage, wobei er es als ein seltenes Schauspiel bezeichnet, daß eine Landesvertretung die Erfüllung gewissermaßen einer großmüthigen Regung der Regierung ablehnt; selbstverständlich ist es jedoch, daß dabei nur sachliche Gründe, keine Parteirücksichten entscheidend sind, und daß beide Theile es gut meinen mit dem Volke. Indem Redner sich speziell gegen Ridter und Birchow wendet, legt er eingehend seine Ansicht dar, daß mit der Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer dem armen Mann sehr wenig geholfen werde, daß man zwar die Verwerflichkeit der Steuer anerkennen müsse, aber doch keinen Grund habe, wenigstens die eine derselben, die Schlachtsteuer, da sie einerseits dem Gefühl der Menge nicht widerspricht, andererseits finanziell von größter Bedeutung ist, fortzubeschaffen zu lassen. Der Schaden, den sie der Moralität zufügt, ist jedenfalls lange nicht so groß, als der, den ein einziges schlechtes Theaterstück verursacht. Man muß sich dabei vergegenwärtigen, in wie hohem Grade die Gemeindesteuern, unter denen schon jetzt die mittleren und unteren Klassen der Bevölkerung seufzen, gerade für diese Klassen sich steigern werden, sobald die Kommunen die Einnahmen aus Mahl- und Schlachtsteuer verlieren. Gegen den Wunsch nach einer einzigen großen Einkommensteuer unter Abschaffung aller indirekten Steuern wendet Redner ein, daß diese in Folge der dabei verlangten Selbsteinschätzung den Geist der Lüge und der Immoralität viel mehr als jede andere Steuer befördern würde. Wie bedenklich es ist auf dem Wege der direkten Besteuerung gegen die mittleren und unteren Klassen vorzugehen, zeigt sich am besten aus dem Gelingen von der Regierung beigebrachten statistischen Material. Redner warnt das Haus vor der unbedingten Annahme der Kommissionsvorlage.

Abg. Freiherr v. Loß verteidigt als Mitglied der Kommission die Vorschläge derselben, ohne dabei andere Gründe als die bereits von Vorrednern beigebrachten anzuführen. Zum Schluß regt er die Frage an, ob etwa durch die Befreiung von der Steuer auch das Wahlrecht der Befreiten verloren gehen würde; der Mangel einer genügenden Aufklärung hierüber Seitens der Regierung ist ein politischer Grund mehr, der ihn gegen die Regierungsvorlage zu stimmen veranlaßt.

Regierungs-Kommissar Ribbel erklärt, daß die Regierung keineswegs die Auffassung habe, als ob die Befreiung von der Klassensteuer den Verlust des politischen Wahlrechts nach sich zöge; dies sei ja auch bisher nicht bei den von der untersten Stufe der Klassensteuer befreiten Inhabern des eisernen Kreuzes der Fall gewesen. Alsdann weist der Kommissar nach, daß viele Städte nicht im Stande sein würden, den gleichzeitigen Ausfall der Mahl- und Schlachtsteuer zu tragen, wenn sie nicht die Kommunalsteuer bis zu einer drückenden, ja verwerflichen Höhe hinaufschrauben wollen. Da also ein Ersatz notwendig ist, so fragt es sich nur, wie er am Besten beschafft werden kann, und die Regierung ist der Meinung, daß die fakultative Beibehaltung der Schlachtsteuer sich am meisten empfiehlt.

Sehr bedenklich wäre es in vielen Städten, wie Königsberg, Lissit, Düsseldorf, vor Allem in Berlin, die kommunalen Steuern noch zu erhöhen, da sie bereits das höchste Maß erreicht haben, wofür der Kommissar umfangreiches statistisches Material beibringt. Zu Gunsten des Klassensteuer-Erlasses führt er an, daß die Gehässigkeit der exekutiven Beibehaltung der direkten Steuern und die Verschwendung von Arbeitskraft und Zeit speziell die Befreiung der untersten Klassenstufe empfiehlt.

Abg. Kasper (gegen die Kommissionsvorlage) erklärt sich zwar gegen die Mahl- und Schlachtsteuer im Prinzip, meint aber, daß man sich dem Vorschlage der Regierung fügen muß gegenüber der dringenden Nothwendigkeit, den Städten einen Ersatz zu schaffen; empfehlenswerth wäre es, diese transitorische Bestimmung auch als solche für eine bestimmte Frist im Gesetz zu bezeichnen, damit es nicht an dem guten Willen der Volksvertretung allein liegt, darüber zu entscheiden, wann die Schlachtsteuer aufgehoben werden soll. In dieser Weise hofft er einen Kompromiß zwischen Regierung und Kommission herbeizuführen. — Bezüglich des zweiten Theils der Vorlage des Steuererlasses meint er, daß die Befürchtung

einer Schädigung des allgemeinen Wahlrechts begründet ist nicht nur de facto, sondern auch theoretisch gegenüber den Bestimmungen der Verfassung. — Redner giebt hierauf eine detaillierte Darlegung des Verhältnisses, in dem die niederen Klassen zu den direkten und indirekten Steuern beitragen und zieht hieraus den Schluß, daß in Folge dieses erheblichen Beitrags zur indirekten Steuer, den die unteren Klassen leisten, man ihre Betheiligung an politischen Rechten nicht allein von der direkten Steuer, die auf sie fällt, abhängig machen darf. Ueberhaupt ist es keine absolute Ehre Steuern zu zahlen, sondern nur eine Ehre seine staatsbürgerlichen Pflichten zu erfüllen und zu denen gehört es nicht, über alle Gebühr mit Staatslasten überhäuft zu sein. Aus dem Grunde, daß man gerade von diesen Kreisen keine Klagen hört, läßt sich wenig folgern: denn die Vertretung derselben ist eine schlechte, sowohl in der Presse, als anderswo, sie haben nicht die Mittel und die Intelligenz wie andere Klassen der Bevölkerung, auch nicht das richtige Verständniß ihrer wirklichen Lage. Wie sehr es zu wünschen wäre, daß ihnen ein Erlaß an Steuern und der Steuerverwaltung eine Ersparniß an Kosten und Mühe zu Gute käme, beweisen die statistischen Belege, welche der Regierungs-Kommissar gestern beigebracht hat, ferner auch die Denkschrift, welche die preussische Regierung bei Gelegenheit des Gesetzes über Lohnbeschlagnahmen aufgestellt hat. Außerdem liegt der Vorlage der Regierung ein bedeutendes weitgehendes Prinzip zu Grunde, während in den Kommissionsvorschlägen nichts als Verlegenheit zu erblicken ist. Zu bedauern ist es, daß der Finanzminister sich nicht weiter über die Klassen- und Einkommensteuer ausgesprochen hat; vielleicht würde er dadurch eine kompakte Majorität gewonnen haben, die jetzt fehlt.

Der Finanzminister: Der Vorredner, in dessen Rede viel Wahres und Scharfsinniges enthalten war, hat der Zurückhaltung, die ich über meine weiteren Reformpläne beobachtet habe, seinen Beifall gespendet. Ich bedauere, daß ich ihm dies Kompliment nicht zurückgeben kann, und besorge, daß seine Rede die Zahl der Anhänger der Regierungsvorlage nicht vermehrt hat. Was die Veranlagung der Einkommensteuer betrifft, so ist dieselbe namentlich in der letzten Zeit erheblich vervollkommenet; der Ertrag derselben ist in dem Zeitraum von 1862 bis 1871, während dessen die Klassensteuer um 9.5 pCt. zugenommen hat, um 38.8 pCt. gestiegen und wird voraussichtlich für das Jahr 1872 einen weiteren erheblichen Fortschritt ergeben. Daß dieselbe trotzdem noch mancher Verbesserung fähig ist, gebe ich zu und ich würde dem Hause vielleicht schon Vorschläge in dieser Richtung gemacht haben, wenn ich nicht befürchtet hätte, daß man die Frage der Quotifung damit in Verbindung bringen würde, hinsichtlich deren ich mit dem Vorredner durchaus nicht übereinstimme. (Beifall rechts.) Hinsichtlich der Befreiung der niedrigsten Steuerstufe von der Klassensteuer stehe ich gleichfalls mit dem Vorredner auf demselben Boden. Ich will mit der Vorlage keineswegs dem Gedanken Ausdruck geben, daß die Confiten der Steuerstufe 1 A die Steuer nicht zahlen könnten, weil sie eben nur — wie der Vorredner sich ausdrückte — ihre animalischen Bedürfnisse zu befriedigen im Stande wären, sondern ich gebe davon aus, daß der Staat in der Lage ist, Steuerermäßigungen eintreten zu lassen und daß gerade diese Stufe das meiste Anrecht auf eine solche Erleichterung hat, weil sie nebenbei doch noch durch die indirekten Steuern in hohem Maße in Anspruch genommen wird. Wir wissen, daß diese Leute täglich Salz verbrauchen, Kaffee trinken, auch wohl ein Glas Bier genießen, und mit diesem Verbrauch entsprechen sie ihren Verpflichtungen gegen den Staat in einer Form, die nicht mit den erheblichen Uebelständen einer direkten Steuererhebung verknüpft ist. Das Bedenken, daß man durch die Annahme der Vorlage auch solche Leute von der Steuer befreien würde, die eigentlich in einer höheren Stufe eingeschätzt werden müßten, ist nicht zutreffend. Befinden sich in der Stufe 1 A jetzt Leute, die dort nicht hingehören, so wird man diese in die Stufe 1 B versetzen; das Gesetz hat ja die Grenze genau bezeichnet. Wenn gesagt worden ist, man hätte sich vielleicht verständigt, wenn man den ganzen Reformplan gekannt hätte, so scheint es mir nach den gemachten Erfahrungen doch sehr fraglich, ob es wohl gethan gewesen wäre, schon jetzt noch weiter zu gehen. „In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister.“ (Heiterkeit.) Man hat endlich gegen die Vorlage eingewendet, daß wir nicht das dazu erforderliche Geld besäßen. Dem gegenüber glaube ich als Finanzminister Ihnen vollkommen beruhigende Erklärungen geben zu können; wenn Sie uns freilich sagen: „das wissen wir besser, Ihr habt das Geld noch nöthig“ — so müssen wir Ihnen die Entscheidung anheimstellen.

Abg. Richter (Hagen): Es ist ja richtig, daß man auf die Durchführung einer an sich gerechten Steuer verzichten muß, wenn praktische Schwierigkeiten im Wege stehen, wie man auch auf Durchführung einer gerechten Sache im Prozesse verzichtet, wenn die Prozeßkosten zu hoch sind. Sind nun diese Schwierigkeiten wirklich so groß? Wir müssen stets bei Enquêtes vorlieb nehmen mit dem, was die Regierung uns aus ihren Akten giebt. Was hat sie uns gegeben? In den Motiven keine einzige Ziffer. Die Regierungsvorlage ist so wenig aus einem Prinzip, wie aus der Praxis zu rechtfertigen. Kasper's Meinung, der Minister habe einen großen Reformplan, ist soeben desavouirt worden. Das System der allgemeinen Steuerpflicht stammt allerdings aus der Zeit von 1806—1813, derselben Zeit, der wir das System der allgemeinen Wehrpflicht verdanken. Alle Bestrebungen der späteren Zeit sind darauf hinausgegangen, nicht die unteren Stufen abzubrechen, sondern die höheren weiter zu entwickeln. Der Finanzminister trägt eine schwere Verantwortung, wenn er uns Angesichts so hoher Ueberschüsse, die sich mit vielen Millionen auch pro 1871 und 72 ergeben, einen Steuererlaß unmöglich macht. Er stützt sich auf unsere Resolutionen. Wo haben wir denn jemals eine Resolution für die theilweise Aufhebung der Schlachtsteuer oder gar der letzten Stufe der Klassensteuer gefaßt? (Sehr richtig.) Resolutionen sind beschloffen worden für Ermäßigung des Immobiliensteuerepels, Aufhebung des Zeitungsepels und der Lotterie; eine hierauf gegründete Vorlage würde mit Pauken und Trompeten durch beide Häuser gegangen sein. Doch die Regierung bleibt ja hartnäckig; ich klage sie dafür an, wenn trotz einer dem Finanzminister im Allgemeinen so wohlwollenden Majorität ein Steuer-Erlass dem Lande nicht zu Theil wird. Mag das Land zwischen ihm und uns entscheiden! (Beifall.)

Hiermit ist die Generaldiskussion geschlossen. Es folgen einige persönliche Bemerkungen der Abgg. Kasper und v. Kardorff über mißverständliche Auffassung ihrer Reden durch Richter, resp. Freiherr v. Loß, sowie Repliken der Letzgenannten. v. Kardorff wirft v. Loß „Verdrehung“ vor und wird deshalb vom Präsidenten unterbrochen und zur Ordnung gerufen.

Um 3 1/2 Uhr vertagt sich das Haus bis Freitag 11 Uhr. (Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Deutschland

Berlin, 22. Februar. Das Gerücht, daß das Ober-Präsidium der Rheinprovinz von Koblenz nach Düsseldorf verlegt werden solle, entbehrt der Wahrscheinlichkeit, indem es sonst herkommen ist, daß das Ober-Präsidium einer Provinz immer da seinen Sitz hat, wo das General-Kommando weilt, und bekanntlich gehört der Regierungsbezirk Düsseldorf in militärischer Hinsicht zum 7. (westphälischen) Armeekorps.

Zu einzelnen Fällen ist es bekanntlich gestattet, unbemittelte zum einjährigen freiwilligen Militärdienste berechnete junge Leute in die Verpflegung der Truppendeile aufzunehmen, ihnen auch bei besonderer Dringlichkeit freie Kleidung zu bewilligen, wenn die zu einer solchen Begünstigung erforderliche Bedürftigkeit und Würdigkeit durch glaubhafte Atteste nachgewiesen sind. Wenn einjährige Freiwillige während ihrer Dienstzeit erkranken, sich fernerhin aus eigenen Mitteln nicht erholen zu können, auch die vorerwähnte ausnahmsweise Aufnahme in die Verpflegung nicht gerechtfertigt erscheint, so treten sie in die Kategorie der zu dreijährigem Dienste Verpflichteten über, wobei ihnen jedoch die bereits zurückgelegte Dienstzeit dreifach angerechnet wird. Um solchen Ungleichheiten abzuwehren, geht man, wie die „Post. Ztg.“ berichtet, hier mit der Absicht um, durch Gründung eines Vereins oder auf andere Weise dahin zu wirken, daß hiesigen einjährigen Freiwilligen, welche während ihrer Dienstzeit unbemittelt werden, wie auch unbemittelten Dienstpflichtigen, welche die Qualifikation zum einjährigen freiwilligen Militärdienste haben, Unterstützung gewährt werde.

Die Ansprüche der Stadt Frankfurt a. M. auf Bezahlung der aus dem Jahre 1866 noch rückständigen Einquartierungsgelder sollen nun durch einen Kompromiß insofern erledigt werden, daß der Stadt Frankfurt 176,000 Fl. bietet, wenn selbige sich dagegen verpflichtet, keine weitere Ansprüche zu erheben.

Wie der „St.-Anz.“ mittheilt, sind durch Erlasse vom 28. Januar d. J. die Grafen von Moltke und v. Noon aus besonderem Allerhöchsten Vertrauen zu Mitgliedern des Herrenhauses auf Lebenszeit berufen worden.

Die polnisch-nationale und ultramontane Agitation nimmt in der Provinz Posen immer größere Dimensionen an. Von allen Kanzen wird mit zeltotischem Eifer gegen das neue Schulaufsichtsgesetz ge-

predigt und dem unwissenden Volke die Sache so dargestellt, als ob durch das Gesetz Religion und polnische Nationalität mit Ausrottung bedroht seien. Der nächste Zweck dieser Predigten ist freilich nur dahin gerichtet, für eine in allen Parochien aufs Neue gegen das Schulaufsichtsgesetz zur Unterzeichnung in Umlauf gesetzte Petition an das Herrenhaus recht zahlreiche Unterschriften zu gewinnen; allein es liegt auf der Hand und ist unvermeidlich, daß durch diese fanatischen Predigten die polnische Bevölkerung im höchsten Grade aufgeregt und dadurch eine allgemein religiös-nationale Bewegung hervorgerufen wird, deren Folgen unberechenbar sind. Dies scheint auch in der That in der Absicht der polnischen Agitatoren zu liegen; denn in vertraulichen Kreisen derselben wird gutem Vernehmen nach bereits lebhaft die Frage diskutiert, ob es nicht für die nationalen Zwecke förderlicher sei, der nationalen Agitation einen vorherrschend religiösen Charakter zu geben und die Leitung derselben ausschließlich der Geistlichkeit zu überlassen.

Breslau, 20. Februar. Wie die „Schl. Z.“ meldet, wurde hier heute im Hotel de Silesie eine Versammlung von liberalen Wählern des Breslau-Neumarkter Reichstags-Wahlkreises abgehalten, um sich über die Wahlkandidatur zu besprechen. Der Herzog von Ratibor hat sich zur Annahme des Mandats bereit erklärt. Im Laufe der Verhandlungen kam folgende Stelle seines betr. Schreibens zur Verlesung:

„Ich dachte nicht, daß die konservative Partei mich auch als Kandidaten aufstellen würde, und da ich die Ultramontanen selbstverständlich gegen mich habe, so wollte ich mich nicht noch einem abermaligen Durchfallen aussetzen. Nachdem ich aber auch Ihre Telegramm erhalten und Saurma mir zuredete, so hielt ich die Chancen für günstiger und werde natürlich unter allen Umständen eine Wahl annehmen. Es wird für mich eine große Satisfaktion sein, wenn ich nach all den Angriffen, die ich in der letzten Zeit erfahren, gerade in Schlesiens gewählt werde, und ich bin allen den Herren, die sich dafür interessieren wollen, sehr dankbar.... Nur im ersten Augenblicke, nach kürzlich überflandenen Wahlkämpfen, habe ich mich nicht entschließen können, wieder in einen neuen Wahlkampf mich einzulassen. Wenn beide Parteien einig sind, dann zweifle ich nicht an günstigem Erfolge.“ — Die Versammlung beschloß hierauf einstimmig, in der für morgen anberaumten Versammlung der konservativen Wähler des Breslau-Neumarkter Wahlkreises den Herzog von Ratibor als Kompromiß-Kandidaten vorzuschlagen. Sie nahm nach der bestimmten Erklärung des Grafen Stirum, daß die konservative Partei einmüthig diesen Vorschlag acceptiren werde, Abstand von der Aufstellung eines Kandidaten aus der liberalen Partei.

Strasburg, 22. Februar. Heute wurde die Reubesetzung des Handelsgerichts vorgenommen. Von den zur Wahl geladenen, angefahrenen Mitgliedern des Kaufmannsstandes waren etwa 56 erschienen. Zum Präsidenten wurde Kaufmann Himly, zum ersten Richter Eschenauer gewählt.

Worms, 21. Februar. Die „Wormser Ztg.“ veröffentlicht den Wortlaut einer in hiesiger Stadt zirkulirenden Adresse an den Fürsten Bismarck, in welcher dem Reichskanzler für sein entschiedenes patriotisches Auftreten, sowie für seine überzeugende, von tiefer Wahrheit und acht staatsmännischer Einsicht getragene Beredsamkeit, den ultramontanen Bestrebungen im Reichstage und Abgeordnetenhause gegenüber gedankt wird.

Ausland.

Wien, 20. Februar. Es ist dringend notwendig, daß die Regierung endlich einmal in Bezug auf die galizische Frage ihre Ansicht kundgibt, da die Verhandlungen des Verfassungsausschusses nur erschwert werden, wenn das Ministerium in seinem Schweigen beharrt und die Abgeordneten nicht wissen, wie weit daselbe dem Elaborate des Subcomités zustimmt. Dieses letztere wird übrigens im Verfassungsausschusse lebhaft bekämpft, da eine starke Fraktion der Verfassungspartei die Zugeständnisse an Galizien zu weitgehend findet und nicht frei von der Besorgnis ist, daß dieselben zu internationalen Schwierigkeiten führen können. Man vermag nicht einzusehen, warum wir uns dem aussetzen sollen und noch dazu einem Volkstamme zu Liebe, dessen anerkannte Führer bei mehr als einer Gelegenheit es offen ausgesprochen, daß es ihnen um den österreichischen Staatsgedanken nicht im Geringsten zu thun sei, und daß sie lediglich nur polnische Zwecke verfolgen. Noch bestiger dürfte übrigens der Widerstand im Herrenhause sein, weil die Verfassungspartei des Abgeordnetenhauses bei Feststellung der Zugeständnisse an Galizien sich nicht auch mit der Verfassungspartei im Herrenhause verständigt hat, obwohl bei Beginn der Session die Vereinbarung getroffen wurde, von Fall zu Fall gemeinsame Klubtagungen abzuhalten. Man wird

Die alte Geige

von Karl Frenzel.

(Fortsetzung.)

In sehr gemüthlicher Stimmung hatte am andern Tage die Gesellschaft die Fahrt nach dem einsamen Hause im Walde angetreten.

Der alte Herr von Adersheim bewahrte seine würdige Haltung, und er mußte wohl scharf auf seine Gattin eingeredet haben, denn sie gab sich wenigstens Mühe, ihren so wohl begründeten Bedruss, den sie nicht ganz unterdrücken konnte, hinter dem Vorwande einer kleinen Unpäßlichkeit zu verbergen.

Deflers, wenn sich die Straße verengte, denn sie waren jetzt von der breiten Landstraße in einen Feldweg eingebogen, mußte Gérard seinen Platz aufgeben und bald dem Wagen voranreiten, bald hinter ihm zurückbleiben.

Da kam der Wald, Gérard hat die Damen auszusitzen und die von diesem Punkte aus verhältnißmäßig kurze Strecke zu den Ruinen zu Fuß zurückzulegen.

kannte, und auf die Frage des alten Herrn, wie er der Fremde, sich so rasch auf diesem Boden zurecht gefunden, antwortete er: „Bedenken Sie doch, Herr Baron, daß viele Wochen lang dieser Wald mein einziger Freund war.“

Das Wetter begünstigte den Spaziergang; der Schatten, den die Bäume gewährten, und der Wind, der in gleichmäßigen Pausen durch ihre Wipfel rauschte, mäßigten die Hitze des Sommertages.

schwerliche Stelle zu geleiten. Vor Alters hatte ein Graben, der mit dem Leich in Verbindung stand, diesen Theil des Waldes durchschnitten.

„Ja, liebe Tante,“ rief sie lustig, und küßte ihr neckisch die Hand, „das hilft nun Nichts, wir sind hier im alten, romantischen Land!“

Sicher und leicht brachte Gérard seine Gefährtin über das anscheinend so gefährliche Hinderniß, allein, wie scherzhaft sich auch das Ganze annahm, ihm lockte es nur ein schnell wieder verschwindendes Lächeln ab.

(Fortsetzung folgt.)

Table with multiple columns containing financial data, including Eisenbahn-Aktion, Prioritäts-Obligationen, Rhein-Nahbahn, Staats-Anleihe, Wechselkurs, Deutsche Fonds, Fremde Fonds, Bank- und Industriepapiere, and Gold- und Papiergeld.

Familien-Nachrichten. Verlobt: Fräul. Carol. Pole mit Herrn R. Seligohn (Stettin-Jülich). Geboren: Ein Sohn: Herrn von Lepell (Stettin).

Zu der Johankirche: Herr Militär-Deppfarrer Hildebrandt um 9 Uhr. Herr Pastor Teschenhoff um 10 1/2 Uhr.

Billigste Gelegenheit zur Ueberfahrt nach Amerika! Am 17. April d. J. expedire ich das große dreimastige Segelschiff letzter Klasse „Kaiser Wilhelm“.

Auswanderer und Reisende nach Amerika. Stettin, Hamburg und Bremen. Moriz Bethcke in Stettin, Comtoir: Klosterstraße Nr. 3, nahe beim Personenbahnhof.

100 Jahr. (mit großem alten Bordeaux-Wein-Glasen-Lager) wegen anhaltender Fränklichkeit des Besitzers zu verkaufen.

Feigen-Kaffee, welcher in keiner feinen Küche in Oesterreich fehlt, besitzt den Wohlgeschmack auch des besten Kaffees zu erhöhen, als auch bei Genuss von starkem Kaffee die schädlichen Folgen, wie Blutwallungen zu heben.

